

Rede des Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Tom Sello

Veranstaltung „30 Jahre Friedliche Revolution – Nicht vergessen! Nichts gelernt?“ der AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus am 6. November 2019

Sehr geehrte Abgeordnete,
meine Damen und Herren,

vielen Dank für die Einladung zu Ihrer Gedenkveranstaltung. Ich finde es richtig, dass sowohl das Abgeordnetenhaus als auch einzelne Fraktionen an die Friedliche Revolution erinnern und sich der Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur annehmen. Die Ereignisse des Herbstes 1989 zählen zu den glücklichsten Momenten in der Geschichte Berlins und unseres Landes. Entsprechend hat sich der 9. November 1989 sehr positiv in die kollektive Erinnerung eingeschrieben. Und das ist gut so, denn es gibt in der deutschen Geschichte nicht viele Ereignisse, die mit der erfolgreichen Durchsetzung von Demokratie, Freiheit und Menschenrechten verbunden sind.

Deshalb freue ich mich persönlich auf die Feiern zum 30jährigen Jubiläum von Friedlicher Revolution und Mauerfall: Sie rufen uns in Erinnerung, was unser Land 1989/90 erreicht hat. Und was in der Gegenwart - in Freiheit und Demokratie - möglich ist.

Die Ereignisse des Herbstes 1989 verführen jedoch manche in der Rückschau dazu, die SED-Diktatur weich zu zeichnen und nicht so, wie es der damaligen Realität angemessen ist. Durch das glückliche Ende gerät das brutale Gesicht des Regimes in den Hintergrund. Und man übersieht leicht, dass in der DDR massenweise Menschen drangsaliert, mit Studien- und Berufsverboten belegt, bespitzelt, eingesperrt, außer Landes getrieben und nicht selten seelisch gebrochen wurden.

Deshalb ist es wichtig, dass die Aufarbeitung der SED-Diktatur unvermindert fortgeführt wird. Dies geschieht hauptsächlich auf drei Ebenen:

Auf der juristischen Ebene hat es bis zum Eintreten der Verjährung im Jahr 2000 zigtausende staatsanwaltliche Ermittlungen und Strafverfahren wegen Rechtsbeugung, Gewalttaten an der innerdeutschen Grenze, wegen Wahlfälschung,

Misshandlungen von Gefangenen, Korruption und Amtsmissbrauch gegeben. Zu Verurteilungen kam es nur in verhältnismäßig wenigen Fällen. Dies mag man beklagen, zumal es dem Rechtsempfinden vieler Diktaturopfer widerspricht. Andererseits sind zigtausende politische Häftlinge der DDR rehabilitiert worden. Dieser Tage hat der Deutsche Bundestag – leider gegen die Stimmen der AfD – die Entfristung der Rehabilitierungsgesetze beschlossen, so dass Betroffene auch zukünftig rehabilitiert werden können.

Auf der politischen Ebene gilt es, das SED-System als das einzuordnen, was es war: eine kommunistische Diktatur. Daraus leitet sich unter anderem ab, die Verantwortung für die Opfer zu übernehmen und ihnen eine „angemessene Entschädigung“ zu gewähren – wie es im Einigungsvertrag festgeschrieben ist. Der Staat steht in der Verantwortung, die Opfer zu unterstützen. Meine Behörde ist Teil dieses Handelns. Denn auch nach 30 Jahren leiden viele Menschen noch unter den Folgen der Repression. Sie brauchen jede Unterstützung. Politik und Gesellschaft müssen wahrnehmen und anerkennen, was diesen Menschen in der SED-Diktatur angetan wurde.

Deshalb sind die Entfristung und die Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze so wichtig. Denn noch immer haben sich Menschen aus unterschiedlichen Gründen nicht mit ihrem Verfolgungsschicksal auseinanderzusetzen vermocht.

Und es gibt auch nach drei Jahrzehnten immer wieder neue Erkenntnisse über Repressalien. Ich denke zum Beispiel an zum Teil menschenrechtswidrige Verhältnisse, unter denen Kinder in so genannten Spezialkinderheimen und Jugendwerkhöfen untergebracht waren. Das Schicksal dieser Betroffenen ist erst in den letzten Jahren in den Fokus der öffentlichen Wahrnehmung gerückt. Gemeinsam mit den anderen Aufarbeitungsbeauftragten und mit Verfolgtenverbänden wie der UOKG habe ich mich deshalb dafür eingesetzt, dass die Rehabilitierungsmöglichkeiten für ehemalige DDR-Heimkinder verbessert werden.

Die dritte Ebene der Aufarbeitung der SED-Diktatur ist die gesellschaftliche: Hier sind alle Akteure gefragt - von Parteien, Verbänden und Kirchen bis zu den einzelnen

Bürgerinnen und Bürgern. Auch in diesem Zusammenhang hat die Würdigung der Diktaturopfer und die Anerkennung dessen, was sie erleiden mussten, einen herausgehobenen Stellenwert.

Hier sehe ich uns der umfassenden Aufklärung über die SED-Diktatur verpflichtet, über ihr Wesen und wie sie überwunden wurde. Es geht darum, sachliche Informationen zu vermitteln. Vor allem gegenüber der jungen Generation, die selbst nicht in der DDR aufgewachsen ist, haben wir eine große Verantwortung. Für sie müssen wir verständlich darüber informieren, wie die SED-Diktatur funktioniert hat und warum die Menschen über einen so langen Zeitraum in Unfreiheit leben mussten. Solche Fragen sind wichtig, denn die junge Generation kennt nur die Freiheit. Die Freiheit ist ihr selbstverständlich geworden und viele wissen daher nicht, dass Freiheit auch bedroht sein kann, dass sie verteidigt und erkämpft werden muss.

Unsere Gesellschaft unterscheidet sich ja gerade von einem unfreien System wie der SED-Diktatur dadurch, dass jeder und jede Einzelne, aber auch Parteien und andere Institutionen eben diesen Freiheitsraum ausfüllen. Deshalb sind Erinnerung und Aufklärung so wichtig: Es geht darum, sich immer wieder zu vergewissern, was Freiheit und was Unfreiheit bedeuten. Und dazu gehört auch, dass wir die Opfer der Diktatur nicht vergessen. Denn ihr Schicksal zeigt uns, was die kommunistische Diktatur mit Menschen gemacht hat.

Mir ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass aus dem Erinnern und Aufklären für jeden Einzelnen von uns auch eine große Verantwortung entsteht – es ist eine Verantwortung für unsere Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Lassen Sie mich bitte nun noch einige Sätze zu einem der heutigen Programmpunkte und über die große Verantwortung der AfD sagen. Laut Meinungsumfragen wird die AfD von vielen Menschen in den ostdeutschen Bundesländern gewählt, die die DDR für das bessere System halten, die vorgeben, die kommunistische Diktatur der Demokratie vorzuziehen. Ich halte das für gefährlich, weil die Gefährdungen und Zumutungen einer Diktatur damit relativiert werden.

Die AfD ist bei den Wahlkämpfen in Brandenburg und Thüringen mit Slogans wie „Vollende die Wende!“ angetreten. Diese Parolen suggerieren, dass wir heute in der Bundesrepublik Verhältnisse wie in der DDR haben. Und dass es jetzt darum gehe, die Friedliche Revolution fortzuführen. Und ich frage: gegen was eigentlich? Die Friedliche Revolution hat 1989 die SED-Diktatur zu Fall gebracht. Was soll heute zu Fall gebracht werden? Unsere Freiheit, die 1989 von den Menschen in der DDR erkämpft worden ist?

Wer Slogans wie „Vollende die Wende!“ propagiert, unterscheidet nicht mehr zwischen Demokratie und Diktatur, zwischen Freiheit und Unfreiheit. Dahinter steht keine Aufklärung, sondern eine Verharmlosung der kommunistischen Diktatur.

Wer behauptet oder suggeriert, dass unsere heutigen Verhältnisse denen in der DDR gleichen, ignoriert, dass in der DDR über 150.000 Menschen aus politischen Gründen in Gefängnissen saßen, zehntausende junge Menschen wegen ihrer christlichen oder pazifistischen Einstellung kein Abitur machen und nicht studieren durften, berufliche Karrieren massenhaft verbaut wurden, nur weil sich Menschen weigerten in die SED einzutreten.

Wer behauptet oder suggeriert, dass unsere heutigen Verhältnisse denen in der DDR gleichen, ignoriert Hunderte Menschen, die an der Mauer starben sowie Tausende, die enteignet oder zwangsumgesiedelt wurden.

Wer behauptet oder suggeriert, dass unsere heutigen Verhältnisse denen in der DDR gleichen, der verharmlost die Diktatur und entwertet damit die Friedliche Revolution.

Wir leben heute nicht in einer Diktatur, sondern in einer freiheitlichen Demokratie. Über unterschiedliche politische Positionen und Meinungen können und müssen wir in unserer Gesellschaft debattieren und, ja, mitunter hart streiten. Dieser politische und gesellschaftliche Disput macht unsere Demokratie aus. Er ist nicht wie in der DDR unerwünscht und verboten.

Mit ihrem unscharfen Blick auf die Geschichte steht die AfD übrigens keineswegs alleine da. So ist mit der von anderen gesellschaftlichen Akteuren nicht selten erhobenen pauschalen Forderung, die Lebensleistung von Ostdeutschen endlich

anzuerkennen, eigentlich beabsichtigt, eine tiefgründige Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur zu sabotieren.

Mein Verständnis von Demokratie ist, dass jeder einzelne Mensch seiner Verantwortung nachkommt. Ich selbst habe in der SED-Diktatur gelernt, dass es darauf ankommt, politische Sachverhalte genau zu erkennen und präzise zu benennen. Es geht darum, ob man sich am Vertuschen, Glattbügeln und Schönfärben beteiligt oder die Dinge so ausspricht, wie sie waren und wie sie sind. Es ist das, was der tschechische Dissident und spätere Präsident Vaclav Havel als den Versuch bezeichnete, „in der Wahrheit zu leben“.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine anregende Veranstaltung.